

„Das beschädigt den Ruf Mecklenburg-Vorpommerns weit über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus“

Veröffentlicht am 02.05.2022 | Lesedauer: 7 Minuten

Von Georg Altrogge

Der Grünen-Landtagsabgeordnete Hannes Damm über die Mär vom wirtschaftlichen Nutzen von Nord Stream 2 für Mecklenburg-Vorpommern, ein „hochproblematisches“ Russen-Netzwerk um Ministerpräsidentin Manuela Schwesig und den Stimmungswandel im Bundesland.

In der Affäre um die dubiose Klimastiftung des Landes Mecklenburg-Vorpommern gibt es neue Vorwürfe gegen SPD-Regierungschefin Manuela Schwesig und ihren Innenminister Christian Pegel. Nach Recherchen von WELT AM SONNTAG ist die Hauptakte der landeseigenen Stiftung angeblich spurlos verschwunden. Zudem habe das Bundeswirtschaftsministerium ausdrücklich vor dem bizarren Rechtskonstrukt gewarnt, durch das unter dem Deckmantel des Umweltschutzes vor allem der Bau der hochumstrittenen Gazprom-Pipeline Nord Stream 2 trotz US-Sanktionen sichergestellt werden sollte.

Im WELT-Interview bestreitet der klimapolitische Sprecher der Grünen im Schweriner Landtag, Hannes Damm, den wirtschaftlichen Nutzen des Großprojekts für das ostdeutsche Bundesland und erhebt schwere Vorwürfe gegen Schwesig und deren „Russland-Connection“.

WELT: Herr Damm, die Landesregierung behauptete stets, dass Mecklenburg-Vorpommern von Nord Stream 2 enorm profitiert.

Hannes Damm: Nein, unser Bundesland profitiert in keinerlei Hinsicht von diesem Projekt. Ganz im Gegenteil: Dass Manuela Schwesig eine derart umfassende russische Einflussnahme auf politische Entscheidungen in unserem Bundesland zugelassen und befördert hat, beschädigt den Ruf Mecklenburg-Vorpommerns weit über die Grenzen der

Bundesrepublik hinaus.

WELT: Inwiefern?

Damm: In der EU wurde seit Jahren differenziert und gut begründet gegen die Pipeline argumentiert. Polen, Litauen, Estland und Lettland haben ihre sicherheitspolitischen Sorgen regelmäßig mit Nachdruck vorgetragen, leider ohne Erfolg. Die Ukraine, die Vereinigten Staaten von Amerika und viele weitere internationale Partner haben das Vertrauen in Mecklenburg-Vorpommern schon lange verloren. Dies drückt sich nun sogar darin aus, dass mehrere geplante Großinvestitionen, wie etwa von Intel und Amazon, nun in andere Bundesländer abgewandert sind oder auf Eis gelegt wurden. Der von Manuela Schwesig regelmäßig vorgeschobene wirtschaftliche Nutzen ist schlicht nicht vorhanden.

WELT: Ministerpräsidentin Schwesig und Innenminister Pegel argumentieren auch mit Jobs, die an der Gazprom-Pipeline hängen.

Damm: Die Anzahl der Arbeitsplätze, die durch Nord Stream 2 in MV geschaffen wurden, liegt im untersten zweistelligen Bereich. Etwa fünf Personen arbeiten an der Anlandestelle der Pipeline in Lubmin. Dazu kamen circa zehn Arbeitsplätze in der Verwaltung bei der ‚Gas for Europe‘-Betreiberfirma mit Sitz in Schwerin. Ich kenne vielfältige inhabergeführte Einzelunternehmen, Hotels und Handwerksbetriebe, die alle für sich genommen bereits weit mehr zum wirtschaftlichen Wohlergehen unseres Bundeslandes beisteuern als dieses Pipeline-Projekt von Manuela Schwesig und ihrer Russland-Connection. Im Vergleich zu den Erneuerbaren Energien, an denen etwa 15.000 Arbeitsplätze bei uns im Land hängen, ist die klimaschädliche Erdgas-Pipeline für unser Land in Bezug auf Arbeitsplätze vollkommen bedeutungslos.

„Fast lächerliches Argument“

WELT: Was ist mit Steuereinnahmen durch die Gasröhre?

Damm: In Hinblick auf mögliche Steuereinnahmen ist die Pipeline total vernachlässigbar: Etwa 2,5 Millionen Euro Gewerbesteuer für die Anlande-Gemeinde Lubmin stehen rund 100 Millionen Euro allein nur bei der Offshore-Windenergie gegenüber. Es ist fast schon lächerlich, dass Manuela Schwesig das Argument des wirtschaftlichen Nutzens immer

noch vor sich her trägt. Entweder, sie macht ihre Arbeit nicht ordentlich und kennt die korrekten Zahlen nicht oder sie beschönigt und verfälscht weiterhin vorsätzlich, um das Projekt in ein positives Licht zu rücken. Das ganze Unterfangen mit der Pipeline überhaupt noch als wirtschaftliches Infrastrukturprojekt zu bezeichnen und die geostrategische Problematik damit weiter auszublenden, ist verantwortungslos und dreist.

WELT: Welche Motivation sehen Sie bei der Ministerpräsidentin?

Damm: Es ist vollkommen offensichtlich, dass es ein intransparentes und aus demokratischer Perspektive hochproblematisches Netzwerk aus MV-SPD und Vertretern russischer Interessen gibt. Allein die extrem engen Kontakte von Erwin Sellering und Manuela Schwesig mit aus Russland bezahlten Gas-Lobbyisten wie zum Beispiel Gerhard Schröder sprechen eine klare Sprache. Über die riesige Anzahl an Treffen und die großzügige Bereitstellung von Ressourcen zur Bearbeitung der Anliegen von Gazprom und Nord Stream 2 können sich Zivilgesellschaft und normale Wirtschaftsvertreter im Land nur wundern. Nicht selten bekommen Umweltverbände, Bürgerinitiativen und Wirtschaftszweige ohne SPD-Seilschaften gar keine oder nur sehr unzureichende Kontaktmöglichkeiten in die politische Entscheidungsspitze im Land. Wirtschaftsinteressen russischer Gaskonzerne wurden von Manuela Schwesig mit allen Mitteln bedient.

WELT: Was verlangen Sie als Oppositionspartei von der Regierung?

Damm: Manuela Schwesig und die Landesregierung müssen jetzt umgehend alle Kontakte und Verflechtungen mit russischen Interessenvertretern offenlegen. Über die Fake-Stiftung hinaus gibt es viele weitere Organisationen im Land, die auf höchst fragwürdige Weise mit der Russischen Föderation verstrickt sind. Die Verantwortung für die vollständige, proaktive Aufklärung liegt zuallererst bei Ministerpräsidentin Manuela Schwesig und bei niemandem sonst. Nur sie kann und muss das verloren gegangene Vertrauen in unsere demokratischen Institutionen wiederherstellen.

WELT: Schließt dies persönliche Konsequenzen der Regierungschefin ein?

Damm: Es ist absolut verständlich, dass bereits Rücktrittsforderungen gegen Manuela Schwesig und weitere Mitglieder ihrer Landesregierung erhoben wurden. Die jahrelange Ignoranz bei der sicherheitspolitischen Bewertung der Pipeline, die Gewährung einer unangemessen großen Einflussnahme russischer Großkonzerne auf die Politik im Nordosten der Republik und die anhaltende Intransparenz bei der Aufklärung sind unerträglich. Auch stehen mittlerweile Vorwürfe der bewussten Täuschung der Öffentlichkeit und des Parlaments im Raum, die dringend durch die Ministerpräsidentin aufgeklärt werden müssen.

„Das Zeitfenster für glaubwürdige Taten wird kleiner“

WELT: Dennoch zögern die Grünen bisher, offen den Rücktritt Schwesigs zu fordern.

Damm: Dass meine Fraktion und ich persönlich bisher noch keine derartige Forderung erhoben haben, liegt darin begründet, dass wir Manuela Schwesig und ihrem Kabinett zunächst die Chance zur umfassenden Aufklärung der Lage geben wollten. Das Zeitfenster, um den warmen Worten zur Transparenz auch glaubwürdige Taten folgen zu lassen, wird täglich kleiner.

WELT: Was bemängeln Sie konkret?

Damm: Die Landesregierung mauert weiter in alle Richtungen und beschädigt damit das Vertrauen in unsere demokratischen Institutionen. Unabhängig davon, ob Journalisten oder Abgeordnete: Vollständige Informationen erhält anscheinend niemand. Fristen werden gerissen. Medien, Zivilgesellschaft und Landtagsmitglieder müssen bei Ministerpräsidentin Schwesig, ihrer Landesregierung und der Pseudo-Klima-Stiftung regelmäßig den Rechtsweg beschreiten, um ihre verfassungsmäßig verankerten Informationsrechte zu wahren. Fragen der vierten Gewalt werden mal zu spät, mal nachweisbar unvollständig beantwortet. Das gefährdet unsere Demokratie.

WELT: Zu einer entscheidenden, mittlerweile unauffindbaren Akte zur Klimastiftung sagte Schwesig nun, dass sie sich „als Ministerpräsidentin jetzt nicht um diese Details kümmere“.

Damm: Dass eine Ministerpräsidentin sich nicht zuständig fühlt, wenn Vorwürfe von

Vertuschung und Kontrollverlust in ihrer Landesregierung laut werden, passt nicht zu ihrem Amt. Manuela Schwesig muss als Ministerpräsidentin dafür Sorge tragen, dass das Land sorgfältig und aufrichtig geführt wird, allem voran durch die Kontrolle ihrer eigenen Regierung. Sie hat in der Vergangenheit all ihr politisches Gewicht in die Waagschale geworfen, um die Stiftung durch das Parlament zu bekommen und gegen Kritik zu verteidigen. Wenn es unbequem wird, weist sie wieder einmal alle Verantwortung von sich.

WELT: Sie haben auch den Vorwurf der Intransparenz gegenüber dem Parlament erhoben.

Damm: Wir erleben das gerade mit den Stiftungs-Gutachten. Wir wissen, dass das Gutachten der Landesregierung seit dem vorvergangenen Wochenende im Innenministerium vorliegt. Als Fraktion sollen wir aber erst diese Woche, also etwa 10 Tage später, darüber unterrichtet werden. In der Zwischenzeit macht die Regierung mit dem Gutachten, was sie will. Darüber wissen wir nichts. Es handelt sich um ein aus Steuergeldern finanziertes Gutachten – natürlich muss das dem Parlament umgehend zugänglich gemacht werden. Es geht sogar so weit, dass die Staatskanzlei auf unsere Nachfrage hin abstreitet, dass das Guthaben vorliegt, obwohl dieser Fakt bereits veröffentlicht wurde.

WELT: Hat das aus Ihrer Sicht Auswirkungen auf die in der Vergangenheit hohen Sympathiewerte der Ministerpräsidentin?

Damm: Es ist spürbar, dass die Stimmung zu Ungunsten von Manuela Schwesig kippt. Die Sympathien für Manuela Schwesig im Land schwinden Tag für Tag deutlicher. Der Druck im Parlament, auf der Straße und auch in den sozialen Medien steigt stetig. Dass aus der SPD-Fraktionssitzung Interna nach außen durchgestochen werden, spricht sehr dafür, dass die Konflikte innerhalb der Sozialdemokratie nicht länger unter dem Teppich gehalten werden können. Da bahnt sich ein Aufstand der Anständigen an.

Hannes Damm ist Physiker am Max-Planck-Institut in Greifswald. Der 30-Jährige forschte zuvor an der Universität Oxford und am Genfer CERN. Seit 2021 ist Damm Landtagsabgeordneter und klimapolitischer Sprecher der Grünen in Mecklenburg-Vorpommern.

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/238493333>